



## **Niederschrift Nr. 2024-03**

### **über die öffentliche**

### **Gemeinderatssitzung**

**am 07. März 2024**

im Ratssaal des Rathauses in Sulzburg

(Beginn: 19:00 Uhr; Ende: 20:53 Uhr)

**TOP 11/2024 bis 15/2024**

**Vorsitzender:**

BM Blens

**Gemeinderäte:**

Bächler, Martin  
Benz, Martin  
Busch, Friedhelm  
Zuberer, Claudia  
Dr. Gehring, Klaus

**Entschuldigt:**

Grether, Helmut

Hakenjos, Hildegunde  
Marquart, Gernot  
Hug, Andreas  
Braunagel, Kurt  
Hilfinger, Jörg  
Sum, Hanni

**Schriftführer:**

Stv. Hauptamtsleiter Martin Klinger

**Von der Verwaltung:**

Rechnungsamtsleiter Fabian Häckelmoser

**Gäste:**

Herr Luca Rheinberger – Neue Mitte Sulzburg GbR  
Herr Alexander Schnierle – MD7 (per Videozuschaltung)

**Anzahl der Zuhörer:**

18



## I. Formalien

### 1. Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass die Mitglieder des Gemeinderates ordnungsgemäß durch Übersendung der Tagesordnung vom **10.01.2024** einberufen wurden und dass Beschlussfähigkeit vorliegt, weil mindestens 7 Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind.

### 2. Urkundspersonen

Die Stadträte Claudia Zuberer und Andreas Hug wurden zu Urkundspersonen benannt.

### 3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Blens gibt bekannt, dass im Baugebiet Käppelematten das letzte Grundstück in Einzelbauweise verkauft wurde.

## II. Bürgerfragen

Frau Hirtler sagt, dass die Fahne vom Gesangverein für über 6.000 € restauriert wurde und über 160 Jahre alt sei. Sie wolle den Antrag stellen, dass diese nicht in einem Keller gelagert wird, bzw. fragen, wieso man diese nicht im Rathaus im Kasten belassen könne. Die anderen Vereine hätten alle ihren eigenen Raum. Der Gesangverein sei Gast in der Schule und habe deswegen keine Möglichkeit. Entweder hängen an der Wand eine Tafel, Schränke oder Aushänge. Da sei kein Platz zum Aufhängen.

Bürgermeister Blens antwortet, dass er darüber ja schonmal mit ihr gesprochen habe. Man habe gesagt, dass man einen Platz finden werde – und zwar nicht im Keller. Ob es jetzt dann ein repräsentativer Ort werde, wo sie groß aushängt, halte er für schwierig, denn dann gebe es noch viele andere Vereine, die ihre Fahnen gerne aufhängen würden. Dafür habe man schlichtweg zu wenig Platz.

Frau Hirtler antwortet, dass sie nicht lockerlassen werde. Die Flagge sei Kulturgut und 160 Jahre alt. Die dürfe nicht einfach in einem Keller verschwinden.

Frau Braunagel sagt, dass sie was zu ihrem offenen Brief [zum Thema Mobilfunkmast] sagen wolle, weil heute Morgen Bürgermeister Blens sie auf einen Fehler hingewiesen hat. Über 50 Unterschriften habe man eingeholt, die man heute eigentlich überreichen wollte. Die Öffentlichkeit sei erst vor eine Woche informiert worden, dass ein Mobilfunkmast „hinten im Wald“ gebaut werden soll. Man habe von 5G gesprochen, anstatt von „mindestens 4G“. Daher würde sie die Unterschriftenliste nicht überreichen und würde dann bei allen nachfragen ob das für sie in Ordnung sei und eine korrigierte Liste überreichen.

Sie bitte alle Gemeinderäte darum zu beachten, dass es bereits Menschen gebe, die aufgrund der Strahlung „große Beeinträchtigungen“ haben. Es gebe in der Bevölkerung etwas 2-3 % die sich „geoutet“ hätten, dass sie damit Probleme haben. Das meiste sei ja schon „bestrahlt“, daher bitte sie darum, dass dieses Fleckchen Erde erhalten bleibt, wo keine Ausstrahlung von 3G oder mehr stattfindet. Sie bittet auch vor allem für die Schwächsten der Gesellschaft, der Kinder.

Frau Meier sagt, dass sie neu in Sulzburg sei. Sie arbeite als Physiotherapeutin auch mit vielen „elektrosensiblen“ Menschen zusammen. Sie fragt Bürgermeister Blens, ob er auch Gesundheitsfragen miteinbezogen hat.

Bürgermeister Blens verweist auf die spätere Behandlung des Themas im Tagesordnungspunkt.

Herr Willfang sagt, dass die bezahlte Pacht für den Mobilfunkmast recht niedrig sei, wenn man die Miete der Bürgerstiftung für das Bierhaus vergleicht.

Bürgermeister Blens antwortet, dass dies ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen sei.

Herr Letzerich pflichtet Herrn Willfang zu, man könne das sehr wohl vergleichen.

Bürgermeister Blens sagt, dass er eine andere Meinung habe.



### III. Vorlagen und Anträge zur Beschlussfassung

Nr. 11 / 2024

---

**TOP III / 1 Vorstellung der Planung für die Umnutzung des bisherigen Bauhofgebäudes in Ferienwohnungen sowie des früheren EDEKA-Marktes durch die Investorengruppe „Neue Mitte Sulzburg GbR“**

Herr Luca Rheinberger von der Investorengruppe „Neue Mitte Sulzburg“ stellt anhand einer Präsentation die aktuelle Planung zur zukünftigen Nutzung der bisherigen Bauhofgebäude und dem früheren EDEKA-Marktes vor. Angedacht sei es im ehemaligen Marktgebäude mitunter sogenannte „Regiomaten“ aufzustellen. Dies sind Automaten, welche lokale Produkte verkaufen.

Gemeinderat Busch fragt, ob Herr Rheinberger sich vorstellen kann, dass mit dem Reformhaus nebenan eine gewisse Konkurrenzsituation entstehen könnte. Vielleicht könne man überlegen, ob man in irgendeiner Weise Synergieeffekte oder eine Kooperation gestalten könnte.

Herr Rheinberger erklärt, dass man nicht dagegen arbeiten wolle. Man werde als Vermieter dem Mieter mitgeben, dass man niemanden etwas wegnehmen möchte. Es solle nicht dagegen gehen – man könne auch nicht so viel anbieten wie der Laden nebenan. Das Angebot werde eher spezifischer und regionaler sein. Man möchte niemanden ausbooten, daher werden man vielleicht auch das Spektrum klar abtrennen, da stimme er Gemeinderat Busch zu. Ziel sei, dass die Leute zum Reformhaus UND zu den Regiomaten gehen.

Als nächstes zeigt Herr Rheinberger die bisherigen Bauhofgebäude und die Planung zur Umgestaltung. Man wolle hier möglichst viel im Bestand bleiben. Es werden Ferienwohnungen und ein Wellnessbereich geplant. Einzige große Änderung an der Gestaltung sei der Abriss des relativ neu gebauten Anbaus. Man brauche dies um eine Belichtung zu schaffen. Energietechnisch wolle man sich an die Nahwärme anschließen.

Gemeinderat Bächler fragt, wie es mit den Stellplätzen aussieht.

Herr Rheinberger antwortet, dass man die bestehenden in Richtung Schwarzwaldhalle nutzen wolle. Grundsätzlich habe man genug aus seiner Sicht. Gegebenenfalls muss man noch ein paar neu schaffen.

Gemeinderat Braunagel fragt, welches Zeitfenster man plane.

Herr Rheinberger sagt, dass er hoffe in einem Monat das Baugesuch zu stellen.

Gemeinderätin Sum fragt, wie groß die Wohneinheiten seien.

Herr Rheinberger antwortet, dass diese 30-60m<sup>2</sup> groß seien.

Gemeinderat Busch fragt, bis wann man plane fertig zu sein.

Herr Rheinberger antwortet, dass man plant den Bauantrag in April/ Mai zu stellen und man hofft Anfang 2026 fertig zu sein.

Gemeinderat Busch fragt, wann das Projekt in der Stadtkirche fertig sein solle.

Herr Rheinberger antwortet, dass dies am Komplexesten sei, weil man auch die Frage mit dem Museum habe. Da müsse man auch einen Bauantrag einreichen und man sei in der parallelen Planung dran aber noch nicht ganz so weit. Er denke, dass dieses Jahr der Bauantrag eingereicht wird. Aber es sei so, dass der Umbau selbst nicht so umfangreich sei, da die Substanz sehr gut sei. Wenn es gut laufe, sei man zum gleichen Datum fertig. Das wäre auch sein Ziel, dass das „Hand in Hand“ laufe.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.



**TOP III / 2 Abschluss eines Mietvorvertrages und Mietvertrages über ein städtisches Grundstück im Bereich des Waldhotels / „Schöne-Aussicht-Weg“ zur Errichtung eines Handymastes der Firma Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG)**

Bürgermeister Blens stellt den Tagesordnungspunkt vor, es wird Herr Alexander Schnierle von der Firma MD7 per Videokonferenz hinzugeschaltet.

Bürgermeister Blens erklärt, dass es ein Förderprogramm des Bundes gebe, das sämtliche Funklöcher in Deutschland beseitigen soll. Das sei deshalb erforderlich, weil es normalerweise nicht lukrativ sei, einen Mast an einen solchen Ort aufzustellen. In den vergangenen Jahren wurde der Stadt gesagt, dass man eine Menge Geld zahlen müsste, damit dort eine Handymast überhaupt errichtet werden sollte.

Das Ziel sei nicht, dass man in diesem Gebiet später dann mal am Handy „rumdatteln“ könne, sondern es gehe darum, dass man Hilfe in Notsituationen alarmieren kann. Dies gelte für Forstarbeiter, Wanderer, Mountainbiker und Jäger.

Im Wald sei die Zuwegung nicht so einfach aber die Ortung sei heutzutage über das Handy recht einfach möglich. Dies sei seine Hauptmotivation diesen Antrag zu unterstützen, so Bürgermeister Blens.

Ihm sei bewusst, dass es da Stimmen gebe, die das nicht gutheißen und Bedenken haben, es gebe aber auch andere Stimmen, vor allem von offizieller Seite wie z.B. der Bundesministerien, die das anders beurteilen. Von daher würde er eine positive Entscheidung des Gemeinderates begrüßen.

Bürgermeister Blens übergibt das Wort an Herrn Schnierle.

Herr Schnierle stellt sich kurz vor, er arbeitet für die Firma MD-7, welche ein Beratungsunternehmen für Unternehmen ist, welche sich im Bereich des Infrastrukturausbaus bewegen.

Man wurde von der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) beauftragt. Diese ist ein Unternehmen der Bundesregierung mit dem Ziel die Versorgung mit Mobilfunk zu verbessern.

Es gibt gewisse Bereiche in Deutschland, die privatwirtschaftlich durch das Raster fallen und daher nicht versorgt werden würden. Daher hat die Regierung einen Fördertop aufgestellt damit gesorgt wird, dass man diese Gebiete abdeckt. Typischerweise handelt es sich um abgelegene Bereiche mit wenigen Haushalten. Die Herausforderung dort sei, dass es wenige Nutzer gibt, daher die Anbindungskosten für die Unternehmen recht hoch seien. Aus wirtschaftlicher Perspektive mache es nicht wirklich Sinn diese Gebiete abzudecken. Aber die Bundesregierung mache das Angebot diese Gebiete gefördert anzubinden um eben Rettungsketten aufzubauen.

Dabei werde die MIG, sollte eine Fläche gefunden werden – wofür MD-7 zuständig sei – einen sogenannten Vorvertrag erstellen um damit die Fläche zu sichern. Dann gebe es ein Ausschreibungsverfahren, auf den sich die Standortbetreiber bewerben können und ein Angebot abgeben können.

Der Gewinner bekomme die komplette passive Infrastruktur gefördert. Also Anbindung, Zuwegung, Anschlüsse und den Mast.

Man plane die Masten so, dass alle Netzbetreiber da drauf gehen können. Heißt, dass nicht weiter ausgebaut werden muss, sondern alle 4 in Deutschland ansässigen Betreiber Platz hätten, um Antennen zu installieren.

Es handele sich um einen 7-stufigen Prozess. Es werden dabei Behörden, wie die Naturschutzbehörden etc. beteiligt.

Bürgermeister Blens fragt, ob Herr Schnierle auf das Thema 4G anstatt 5G eingehen könne.

Herr Schnierle erklärt, dass man ein 4G Netz aufbauen wolle. Das habe den relativ einfachen Hintergrund, dass 4G eine höhere Reichweite habe – 5G habe nur eine Reichweite von 500-1000m. Es gehe hier nicht um eine Netzverbesserung, sondern darum, dass man überhaupt eine Abdeckung hat. Ob das jetzt für Netzbetreiber überhaupt interessant wäre 5G aufzubauen stehe auch nicht fest. Seiner Meinung nach sei das fraglich. Man spreche ja hier auch nicht über solche Themen wie HD-Filme im Wald anschauen oder ähnliches, sondern um die Abdeckung und Sicherstellung der Erreichbarkeit.



Gemeinderat Gehring gibt folgenden Beitrag zu Protokoll:

*„Es geht hier um einen sinnvollen Kompromiss zu finden zwischen zwei Aspekten:*

*Der erste Aspekt besteht darin, dass der Unschädlichkeitsnachweis der Strahlenbelastung noch aussteht.*

*Dazu ein Zitat des Bundesamts für Umwelt der Schweiz: Über die Auswirkungen einer langfristigen Exposition (mit schwacher nichtionisierender Strahlung) gibt es noch keine gesicherten Erkenntnisse. So steht z.B. schwache niederfrequente Strahlung im Verdacht das Leukämierisiko bei Kindern zu erhöhen.*

*Die WHO hat sowohl niederfrequente als auch hochfrequente Strahlung als möglicherweise krebserregend für den Menschen klassifiziert.*

*Der zweite Aspekt besteht in der unvollständigen Kommunikationssicherheit bei mastgestütztem Funk. Denn die etablierte Physik lehrt seit ungefähr 150 Jahren, dass in einem relativ dünnen Medium wie der Luft, Funk und Radiowellen und die Wellen des sichtbaren Lichts sich gleich verhalten. Das heißt in unserem Fall: Zwischen zwei Punkten zwischen denen keine Sichtverbindung ist, besteht auch keine Funkverbindung oder die vielen Löcher und Schluchten die unsere Topografie hat, sind über Satelliten erreichbar.*

*Der Satellit sieht sozusagen „in die Löcher“ hinein, während bei einem Funkmast die Geometrie des Gebirges Funklöcher bedingt.*

*Der Kompromiss lautet: Gleich Nägel mit Köpfen machen und:*

- 1. Die Sicherheit optimieren durch Funk über Satelliten*
- 2. Die Minimierung der Strahlenbelastung durch Beschränkung des Funkverkehrs auf Notfälle.“*

Herr Schnierle sagt, dass er kein Funktechniker sei. Er könne nur dazu sagen, dass die Schweizer einen ganz anderen Ausbau haben und wo in der Schweiz Masten gebaut werden, wäre das in Deutschland gar nicht genehmigungsfähig. Von daher hinke der Vergleich etwas.

Bürgermeister Blens sagt, dass er auch kein Experte sei. Er habe sich aber im Nachgang auf den offenen Brief von Frau Braunagel nochmal einen Link auf eine Publikation des Bundes angesehen. Von offizieller Seite und von der gesamten seriösen Wissenschaft wird darauf hingewiesen, dass man von keiner Gefahr ausgeht. Es gehe um unterschiedliche Strahlung. Ionisierende, energiereiche Strahlung wie Röntgenstrahlung kann gefährlich sein. Man sei aber bei Funk in einem Spektrum was sogar unterhalb des sichtbaren Lichts ist.

Die Gefahr, dass jemand verunfallt und nicht Hilfe holen kann sei klar größer.

Gemeinderat Gehring fragt, wie groß die Sendeleistung sei.

Herr Schnierle antwortet, dass 4G Antennen auf üblicherweise mit 800 Watt senden.

Gemeinderat Gehring sagt, dass er sich umgehört habe, unter anderem beim Betreiber des Waldhotels. Da habe er gehört, dass der Mast diesem zu nahe auf der Pelle sitze. Das Waldhotel sei ein wichtiger Faktor, man solle, dass dieses gut funktioniere und die Gäste auch kommen.

Bürgermeister Blens sagt, dass der Betreiber des Waldhotels heute da sei. Er begrüßt Herrn Haak. Es gebe verschiedene Standorte die in Betracht gekommen waren. Der jetzige Standort sei das Ergebnis der Besprechungen mit dem Betreiber.

Bürgermeister Blens sagt, dass er die Sitzung kurz unterbrechen werde, damit er Herrn Haak als Sachverständigen hinzuziehen könne.

Herr Haak sagt, dass er mit Bürgermeister Blens bzw. der MIG gesprochen habe, er sehe es als durchaus sinnvoll an, eine Abdeckung zu schaffen. Nur sei es ihm ein Anliegen, dass es nicht in unmittelbarer Nähe zum Hotel liegt, vielleicht könne man es etwas weiter weg planen.

Bürgermeister Blens bedankt sich bei Herrn Haak und bittet Herrn Schnierle darauf einzugehen, wieso der Standort dort vorgesehen ist.

Herr Schnierle erklärt, wie man auf den Standort gekommen ist. Es sei ein Kompromiss was funktechnisch möglich sei, man müsse genug Abdeckung schaffen. Zugleich sei die Nähe der Anbindung an das Glasfaser wichtig, hier habe man auch einen Bereich der Förder- und Bautechnisch möglich ist.



Bürgermeister Blens zeigt anhand zwei Bildern wo der Mast geplant ist. Seiner Meinung nach sei der Mast wahrscheinlich von einer Baumreihe zum großen Teil verdeckt.

Gemeinderat Braunagel sagt, dass die Gebiete die Herr Schnierle zum Thema Abdeckung gezeigt hat, mittlerweile ein Jahr alt sind. Er fragt ob es möglich wäre die neueren Karten zu zeigen. Er meine, dass sich das für den Staat gar nicht lohnen könne. Bis auf das „Waldkurhaus“ und einer Schlucht sei da nichts. Ihm leuchte nicht ein, wieso man für etwas mehrere Hunderttausend-Euro ausgabe, was man aufgrund der Struktur des Waldes gar nicht erfüllen könne.

Herr Schnierle sagt, dass er das auseinanderdividieren würde. Es gibt eine aktuelle Abdeckungskarte. Diese ist von der Bundesnetzagentur und ist online einsehbar. Er könne diese gerne nachliefern. Dass sich das finanziell nicht lohnt sei ja der Grund, wieso das Land ein Förderprogramm aufgelegt hat.

Gemeinderat Braunagel sagt, dass die Struktur das gar nicht bieten würde, dass man den Funk dahinten richtig verbessern kann. Eigentlich treffe das nur den Pfaffenbach und Dietenbach, sonst sei alles schon mit 5G belegt. Von daher sehe die Investition wie rausgeschmissenes Geld aus.

Bürgermeister Blens sagt, dass er persönlich viel im Wald sei. Er habe keinen Handyempfang im hinteren Talbereich. Hier sei eine Abdeckung sinnvoll.

Gemeinderat Braunagel fragt, wann sich die MIG an die Stadt gewandt hat.

Bürgermeister Blens sagt, dass dies in der Beratungsvorlage steht. Es sei Ende letzten Jahres gewesen.

Gemeinderat Braunagel sagt, dass er sich wundert, dass man 2024 erst etwas davon gehört hat.

Bürgermeister Blens sagt, dass er Ende 2023 angesprochen wurde.

Gemeinderätin Hakenjos sagt, dass es sie störe, dass der Gemeinderat keine Begehung hatte. Sie sagt, dass man das viel besser hätte vorbereiten müssen.

Der Gemeinderat tauscht sich zu verschiedenen Fragen noch mit Herrn Schnierle aus.

Gemeinderat Hilfinger sagt, dass es ihm wichtig ist, dass eine Zustimmung vom Waldhotel erfolgt, was ja passiert ist. Er selbst sei mit der Jagd viel unterwegs und befürwortet den Mast.

Gemeinderat Braunagel kritisiert mitunter, dass der Gesundheitsaspekt bei Mobilfunk noch angeblich im Raum stehen würde. Er glaube, dass der Mobilfunk in 20 Jahren ganz anders gesehen werden könnte, so wie damals bei Asbest und Contergan.

Gemeinderat Busch sagt, dass ein Mast mehr oder weniger bei der eventuell gefühlten Gefährdung Mancher nichts ändern würde. In Zukunft habe man halt statt einer 97%-igen Abdeckung, eine 98%-ige Abdeckung. Daher sei das eine „Win-Win“ Situation. Man könne damit die Sicherheit für Wanderer und Touristen gewährleisten. Daher befürworte er den Mast.

Der Gemeinderat fasst folgenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung den vorgelegten Mietvorvertrag und Mietvertrag mit der Firma Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft mbH (MIG) abzuschließen.

Abstimmungsverhältnis: (12 Stimmberechtigte)

9 Ja                      3 Nein                      0 Enthaltung

Der Beschluss wurde somit gefasst.

**TOP III / 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Stadt Sulzburg**

Rechnungsamtsleiter Häckelmoser stellt den Tagesordnungspunkt vor. Die Stadt Sulzburg hatte zum 01.01.2020 auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt. Aufgrund der umfangreichen Arbeiten zur Erstellung der Eröffnungsbilanz (Beschluss im Gemeinderat am 20.07.2023) und der neuen rechtlichen, organisatorischen und technischen Herausforderungen nahm die Aufstellung der Jahresrechnung viel Zeit in Anspruch. In öffentlicher Gemeinderatssitzung vom 14.10.2021 gab die Verwaltung bereits Informationen zum vorläufigen Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2020 - nun liegt der endgültige Jahresabschluss vor.

Weitere Informationen siehe Beratungsvorlage

Gemeinderat Hakenjos sagt, dass man im Jahr zuvor schon hohe Ausgaben für juristische Beratungen hatte. Jetzt hat sie festgestellt, dass über 120.000 € für juristische Beratungen ausgegeben wurden. Sie denke, dass man nicht bei allem Juristen hinzuziehen müsse. An diesem Punkt könne man vielleicht ein bisschen sparen.

Bürgermeister Blens sagt, dass er sich den Posten auch angeschaut hat. Man habe da nur eine Abweichung von über 20.000 € Mehrausgaben gehabt. Natürlich sei das ein sehr hoher Betrag. Er habe sich aber auch angeschaut, was für Aufgaben dahinterstecken. So habe man einen Bürgerentscheid gehabt. Es habe einen Rechtsstreit bzgl. der Flüchtlingsunterkunft Brühlmatten gegeben, welcher in höchste Instanz hochgeklagt wurde und man habe da auch Planerkosten drin, z.B. für die Friedhofsplanung.

Für Verträge habe man Juristen hinzugezogen, das halte er für sinnvoll.

Man schaue daher schon, dass man die Kosten verträglich hält und hofft, dass man die Kosten in Zukunft natürlich auch möglichst niedrig halten werde. Man sei sich dem bewusst.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Jahresrechnungsunterlagen und den Rechenschaftsbericht 2020 zur Kenntnis. Der Jahresabschluss 2020 sowie die Bilanz zum 31.12.2020 werden wie folgt festgestellt (siehe auch S. 4/5 der Jahresrechnung):

Auf Grund von § 95b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg stellt der Gemeinderat am 07.03.2024 den Jahresabschluss für das Jahr 2020 mit folgenden Werten fest:

		EUR
<b>1.</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	7.411.162,10
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	7.233.172,19
<b>1.3</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b> (Saldo aus 1.1 und 1.2)	<b>177.989,91</b>
1.4	Außerordentliche Erträge	2.000.815,63
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	95.340,13
<b>1.6</b>	<b>Sonderergebnis</b> (Saldo aus 1.4 und 1.5)	<b>1.905.475,50</b>
1.7	<b>Gesamtergebnis</b> (Summe aus 1.3 und 1.6)	<b>2.083.465,41</b>
<b>2.</b>	<b>Finanzrechnung</b>	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.890.534,09
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.410.863,20
<b>2.3</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung</b> (Saldo aus 2.1 und 2.2)	479.670,89
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.145.205,15
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.858.857,91
<b>2.6</b>	<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit</b> (Saldo aus 2.4 und 2.5)	<b>286.347,24</b>



		<b>EUR</b>
<b>2.7</b>	<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf</b> (Saldo aus 2.3 und 2.6)	<b>766.018,13</b>
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	660.423,21
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.166.617,93
<b>2.10</b>	<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b> (Saldo aus 2.8 und 2.9)	<b>506.194,72</b>
<b>2.11</b>	<b>Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres</b> (Saldo aus 2.7 und 2.10)	<b>259.823,41</b>
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	- 289.982,10
<b>2.13</b>	<b>Anfangsbestand an Zahlungsmitteln</b>	<b>135.464,73</b>
<b>2.14</b>	<b>Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln</b> (Saldo aus 2.11 und 2.12)	<b>- 30.158,69</b>
<b>2.15</b>	<b>Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres</b> (Saldo aus 2.13 und 2.14)	<b>105.306,04</b>
<b>3.</b>	<b>Bilanz</b>	
3.1	Immaterielles Vermögen	0,00
3.2	Sachvermögen	35.454.240,30
3.3	Finanzvermögen	2.852.189,18
3.4	Abgrenzungsposten	68.883,44
3.5	Nettoposition	0,00
<b>3.6</b>	<b>Gesamtbetrag auf der Aktivseite</b> (Summe aus 3.1 bis 3.5)	<b>38.375.312,92</b>
3.7	Basiskapital	20.780.916,07
3.8	Rücklagen	2.083.465,41
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00
3.10	Sonderposten	11.369.655,33
3.11	Rückstellungen	260.380,00
3.12	Verbindlichkeiten	3.707.406,27
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	173.489,84
<b>3.14</b>	<b>Gesamtbetrag auf der Passivseite</b> (Summe aus 3.7 bis 3.13)	<b>38.375.312,92</b>

Soweit sich in der Jahresrechnung über- oder außerplanmäßige Aufwendungen ergeben, erteilt der Gemeinderat dazu nachträglich die Zustimmung gemäß § 84 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Gemeindeordnung, soweit dies nicht schon in früheren Beschlüssen geschehen ist.

Abstimmungsverhältnis: (12 Stimmberechtigte)

12 Ja      0 Nein      0 Enthaltung

Der Beschluss wurde somit einstimmig gefasst.

**Nr. 14 / 2024**

---

**TOP III / 4      Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Durchführung einer Brückenhauptprüfung in Sulzburg, Laufen und St. Ilgen**

Bürgermeister Blens stellt den Tagesordnungspunkt vor. Die Stadt Sulzburg plant, die Brückenhauptprüfung für insgesamt 20 Einzelbauwerke, darunter Brücken in Sulzburg, Laufen und St. Ilgen, durchzuführen. Im Jahr 2018 wurden bereits alle Brücken begutachtet, und aufgrund der Ergebnisse wurden Sanierungen an den Brücken in der Badstrasse und im Johann-Daniel-Schöpflin-Weg durchgeführt. Die Gelder für die alle fünf Jahre erforderliche Brückenhauptprüfung sind im Haushaltsplan 2024 veranschlagt. Die Verwaltung schlägt vor, das Ingenieurbüro Theobald & Partner mit der Durchführung der Prüfung zu beauftragen, basierend auf einem Angebot von 8.806,00 Euro brutto, das verschiedene Ingenieurleistungen wie Dokumentation, Schadensbewertung und Maßnahmenplanung umfasst.

Der Gemeinderat fasst folgenden





### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt das Ingenieurbüro Theobald + Partner mbB aus Kirchzarten mit der Durchführung einer Brückenhauptprüfung in Sulzburg, Laufen und St. Ilgen zum Angebotspreis von 8.806,00 Euro brutto.

Abstimmungsverhältnis: (12 Stimmberechtigte)

12 Ja            0 Nein            0 Enthaltung

Der Beschluss erfolgt somit einstimmig.

Der Gemeinderat nimmt darüber hinaus die Festlegung der Wahlbezirke und Wahlräume zustimmend zur Kenntnis.

**Nr. 10 / 2024**

---

### **TOP III / 5    Europa- und Kommunalwahlen am 09. Juni 2024: Bildung des Gemeindewahlausschusses**

Stv. Hauptamtsleiter Klinger stellt den Tagesordnungspunkt vor. Am 01. Februar hatte man im Gemeinderat u.a. die Beisitzer für den Gemeindewahlausschuss bestimmt. Aufgrund aktueller Überlegungen zur Besetzung der Wahlvorstände soll entgegen des Beschlusses vom 01. Februar 2024 eine Veränderung bei der Benennung der Beisitzer erfolgen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Sulzburg wählt gemäß § 11 Abs. 2 KomWG (Kommunalwahlgesetz) folgende Personen als Beisitzer bzw. deren Stellvertreter in den Gemeindewahlausschuss:

**Beisitzer:    Ralf Grommek                      Stellvertreter:    Johanna Schmitt**

**Beisitzer:    Barbara Bauer                      Stellvertreter:    Anne Lerch**

Abstimmungsverhältnis: (12 Stimmberechtigte)

11 Ja            0 Nein            1 Enthaltung

Der Beschluss erfolgt.

## **VI. Mitteilungen der Verwaltung**

Bürgermeister Blens teilt mit, dass man am Sonntag, den 10. März den Weckensonntag feiert. Er lädt die Gemeinderäte und Bürgerinnen und Bürger dazu herzlich ein.

Im Rückblick der Bauernfasnacht wolle er noch sagen, dass es gut gelaufen sei. Man hatte eine Person dabei, die in Zukunft beauftragt werden soll ein Gefährdungskonzept weiter zu erarbeiten.

Bürgermeister Blens sagt, dass man ein Bestandskonzept hätte, jedoch die Polizei fordere, dass man dieses professionalisiert. Man habe jetzt schon ein wenig nachjustiert, indem man 6 professionelle Sicherheitskräfte engagiert habe. Dies sei natürlich auch mit Kosten verbunden gewesen. Daher seien die Eintrittsmarken auch 3,50 € anstatt 3,00 € teuer gewesen.

Der Bauhof hat innerhalb kürzester Zeit bei der Veranstaltung aufgeräumt und viel Arbeit auch im Vorfeld gehabt. Daher ein ganz herzlicher Dank an den Bauhof.



## VII. Bürgerfragen

Keine.

## VIII. Anfragen und Mitteilungen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Marquart sagt, dass die 5-Jahres Frist für die Gewährleistung beim Bau Brühlmatten bald abläuft. Er sagt, dass man eine Begehung mit dem Gemeinderat dazu noch machen sollte.

Gemeinderat Hakenjos sagt, zum Thema Bauernfasnacht hätte sie gerne eine Abrechnung was für Kosten bestehen. Auch der Bauhof war lange im Vorfeld beschäftigt.  
Ihre Frage sei auch, ob die Stadt eigentlich Veranstalter ist oder eine Zunft das sei.

Bürgermeister Blens sagt, dass sich keiner groß darum gestritten habe zu sagen, dass man Veranstalter sei. Aber in den letzten Jahren habe sich das stark rauskristallisiert, dass die Stadt in dieser Rolle steckte. Man habe vor in Zukunft das nicht mehr in dieser Rolle zu machen, dies wurde auch stark von der Polizei geraten.

Gemeinderat Hakenjos weist darauf hin, dass der Rathaussockel noch beschädigt ist.

Gemeinderat Busch sagt, dass er ein Anliegen hätte wie man mit den Naherholungsflächen weiter umgehe. Speziell denke er an den Bubenbergweg, dieser sei ein perfekter Spazierweg. Südlich von Sulzburg oberhalb des Tales entlang. Von einer Bürgerin sei er darauf aufmerksam gemacht worden, dass da dieser Tage brutal abgeholzt wurde. Es scheint wohl der Staatsforst tätig zu sein. Er fragt, ob man das nicht besser koordinieren könne. Der Fliederbach sei über 200 Meter lang freigelegt worden, während das an der Stadt vorbeigehe bzw. diese nicht informiert wird.

Bürgermeister Blens erklärt, dass solche Aktionen nicht im Vorfeld angekündigt werden.

Gemeinderat Busch sagt, dass dies nicht sein dürfe.

Vor zwei Jahren habe der Staatsforst auch beim Zugang von den Käppelematten her „gewütet“. Dabei sei der Abraum verschoben worden, seitdem geht es dort brutal bergab, sodass man in einem etwas höherem Alter oder mit dem Kinderwagen den Weg nicht mehr begehen könne. Das sei jetzt schon seit zwei Jahren in diesem katastrophalen Zustand. Man hatte eine Begehung mit dem Staatsforst, die hätten gesagt, dass das alles nach Norm sei. Vielleicht könne aber der Bauhof/ Forst da nachbessern. Die seien damit doch schnell fertig.

Bürgermeister Blens sagt, dass er mit dem Staatsforst reden könne und ggfls. auch mit dem Forst, er könne sich aber vorstellen, dass das ein größeres Gelände und damit mehr Aufwand sei. Er werde die Forstarbeiter aber fragen, ob das vielleicht auch niederschwellig möglich wäre und werde mit dem Forst abklären, ob man das dürfe.

Gemeinderat Braunagel sagt, dass er sich bedanken wolle, dass der Beitrag zum „Repaircafé“ doch noch veröffentlicht wurde. Was er nicht verstehe sei, dass das als Politik gezählt wurde, dann aber die Nominierungsveranstaltung für die Wahl des Kreistages von Herrn Ackermann drin sei.



## **X. Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschriften der letzten beiden Sitzungen vom 18.01.2024 und 01.02.2024 wurden mit einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Bürgermeister.: Dirk Blens

Für die Mitglieder: Claudia Zuberer

Andreas Hug

Schriftführer: Martin Klinger